

2017-04-25

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtbezirksbeirates innerstädtisch Mitte, Süd am
06.02.2017

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:45 Uhr
Sitzungsort: Mehrgenerationenhaus, 06844 Dessau-Roßlau,
Erdmannsdorffstraße 3

Es fehlten:

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Fischer, Peter entschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Rieche, Karin entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Kühne eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung fest. Mit zu Beginn der Sitzung 4 von 7 anwesenden Mitgliedern ist der Beirat beschlussfähig.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ungeändert bestätigt.

Abstimmungsergebnis:4:0:0

- 3 Genehmigungen der Niederschriften der Sitzungen vom 05.12.2016**

Die Niederschrift vom 05.12.2016 wird ungeändert bestätigt.

Herr Pietsch stößt um 18.03 Uhr nach der Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung hinzu.

Abstimmungsergebnis:4:0:0

4 Einwohnerfragestunde

4.1. Frau Walter, Fischerei Weg 34, richtet ihre Frage an die DWG und fragt an, ob die Abrisse seitens der DWG durchdacht erfolgten oder nach Leerstand. Weiterhin fragt sie an, ob der Wohnblock in der Friedhofstraße abgerissen werden soll.

Herr Matthias von der DWG beantwortet die Anfrage und verweist darauf, dass es Wunsch mehrerer ist den Wohnblock zu erhalten. Er verdeutlicht jedoch auch, dass der große Leerstand der Wohnblöcke ein großes Problem für die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens darstellt. Die DWG handelt nach Festlegungen des Verwaltungsrates und muss sich an diese halten.

Weiter fragt Frau Walter an, ob es im Stadtbereich innerstädtisch Mitte und Süd ein Quartiersmanagement gibt.

Frau Koppe und Herr Hoffmann beantwortet diese Anfrage damit, dass es einen Quartiersstammtisch gibt, aber kein direktes Quartiersmanagement. Der Stadtbezirksbeirat hat dies aber auf seine Prioritätenliste gesetzt.

4.2. Frau Lechler, Alexandrastraße 1, fragt an, wie das Konzept für die freigewordenen Flächen der DWG aussieht. Sie bemängelt, dass mit dem Abriss in der Friedhofsstraße auch 10 Rollstuhlgerechte Wohneinheiten verschwinden würden.

Herr Matthias von der DWG informiert, dass es bis ca 1995 üblich war Wartelisten für Wohnungsanfragen zu haben, da die Nachfrage extrem groß war. Um 2002 zogen dann vermehrt Menschen aus dem Stadtgebiet fort und seit ca 2001 hat die DWG mehr Wohnungen zur Verfügung als angefragt werden. Die Abrisse der DWG erfolgen seit 2002 und umfassen derzeit ca. 4900 Wohnungen.

Der Leerstand ist aber trotzdem noch vorhanden. Auch die Flüchtlingswelle konnte nicht zur Dezimierung des Leerstandes beitragen. Herr Matthias begründet dies vorrangig auch mit dem Fehlen von Arbeitsplätzen.

Dem integrativen Stadtentwicklungskonzept ist zu entnehmen, dass auch zukünftig kein großer Nachfragebedarf an Wohnungen entstehen wird.

Ökonomisch gesehen ist für den Vermieter hier nicht mehr viel machbar.

Kein Wohnblock wurde sooft diskutiert, wie die Friedhofsstraße. Problematisch stellt sich vor allem die Negativbilanz bei Erhaltung des Blockes dar. Die Kosten können nicht mehr durch die Mietentwicklung gedeckelt werden.

Herr Matthias verweist auf das INSEK der Stadt Dessau-Roßlau. Demnach sind Wohnungen entbehrlich, wenn anderer Wohnraum anbietbar ist. Ziel ist es dabei jedoch die Infrastruktur zu erhalten.

Er verweist auch darauf, dass sowohl die Sanierung von Blöcken, die Nachrüstung von Aufzügen und die Gestaltung Behindertengerechten Wohnraums mit Kosten verbunden sind. Dies bedeutet, dass auch die Mietpreise für solche Wohnungen höher sind als für Wohnungen nach altem Stand. Des Weiteren ist die Förderung für die Nachrüstung von Aufzügen an Wohnraum nicht abschließend geklärt. Demnach müssen diese Maßnahmen bisher auf andere Art finanziert werden.

Herr Matthias verweist auch auf den übermäßigen Leerstand von anderen Blöcken in der Stadt.

Er verweist darauf, dass die Beschlussfassung zum Umgang mit dem Wohnungsleerstand durch den Betriebsausschuss der DWG beschlossen wurde und eine Änderung nur durch einen Beschluss eben dieses auch geändert werden könnte.

Weiter informiert er über das Zentrenkonzept, welches entwickelt wurde, in Bezug auf die Wagnerpassage.

Er sieht ein Potential der Wohnraumvermietung an Pendler, welche ihre Tätigkeit im Bereich um Leipzig wahrnehmen, allerdings erst in den nächsten Jahren.

Bezugnehmend auf den Verkauf der Blöcke als Alternative zum Abriss, erläutert Herr Matthias, dass die Einnahmen eines Verkaufs nicht ausreichend sind und ein Abriss die wirtschaftlichere Variante für das Unternehmen ist.

Der Bedarf für behindertengerechten Wohnraum kann nicht konkret bestimmt werden. Die DWG hat Betrachtungen zu Möglichkeiten des Wohnstandortes gemacht, die Stadt stimmt mit diesen aber nicht überein.

Frau Lechler entgegnet dem Ganzen, dass man die Fördermittel, welche die DWG für die Abrisse erhält umwidmen sollte und damit eine Rekonstruktion der alten Blöcke finanzieren sollte, da der Bedarf an Wohnraum Ihres Erachtens nach vorhanden ist.

Herr Matthias erläutert hierzu erneut, dass eine Umwidmung der Fördermittel maximal eine Sanierung des Blockes beinhalten würde, eine Förderung für Fahrstühle gibt es eben nicht. Des Weiteren ist fraglich, ob eine solche Umwidmung überhaupt möglich ist. Auch habe der Verkauf der Blöcke an einen Investor mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit eine Steigerung der Mieten als Nebeneffekt.

Frau Perl, Stadträtin und Vertreterin des Mieterbundes fügt der ganzen Thematik hinzu, dass auch ein Verkauf keine Probleme löst und eine Steigerung der Mieten zur Folge hätte.

Sie sieht das Problem darin, dass viele ältere Bürger mit der Situation eines Wohnungswechsels überfordert sind.

Ihrer Meinung nach gehört das Stadtumbaukonzept auf den Prüfstand gestellt.

Weiterhin sieht sie die politische Entscheidung der Versorgung der Blöcke durch die DVV als großes Problem.

Sie sieht hier einen Wohnungspolitischen Dialog notwendig, der außerhalb der Sitzung des Stadtbezirksbeirates erfolgen müsste.

4.3. Herr Gissel, Am Friedensplatz 21, beschwert sich über die Parksituation um das Theater, wenn dort Veranstaltungen stattfinden. Weiterhin beschwert er sich in diesem Bereich über die Geruchsbelästigung, welche dadurch verursacht wird, dass Busse ihre Motoren laufen lassen.

V: Amt 32

4.4. Herr Gissel, findet, dass auf dem Kopfsteinpflaster der Bitterfelder Straße in Richtung Antoinettenstraße zu schnell gefahren wird.

V: Amt 32

4.5. Herr Gissel, versteht nicht, warum die DWG für die Parkplätze im Innenhof Fritz-Hesse-Straße und Willy-Lohmann-Straße eine Gebühr von monatlich 20 Euro erhebt. Herr Matthias beantwortet die Anfrage direkt und teilt mit, dass die Flächen gepflegt und unterhalten werden müssen. Die Verkehrspflicht für die gemieteten Flächen liegt beim Mieter. Die Summe wurde kalkuliert und ist verhältnismäßig gering für andere angebotene Mietparkplätze im Stadtgebiet.

4.6. Frau Bahn, Augustenstraße 112, fragt an, wie es möglich ist, dass eine öffentliche Straße, die Fröbelstraße, an den Eigentümer des Pflegeheims verkauft werden konnte. Diese ist jetzt als Privatstraße ausgeschildert und soll geschlossen werden. Ein Ausweichen ist dort nur über die Lorkstraße oder die Ludwigshafener Straße möglich. Der Zustand der Lorkstraße befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Weiterhin ist für Fußgänger und Fahrradfahrer nicht erkennbar, ob eine Nutzung der Fröbelstraße auch in Zukunft dann möglich ist.

V: Amt 61, Amt 66, Amt 80

4.7. Frau Paetsch, Kabelweg 16, informiert über das Vorhaben des DOG –Festival und bittet den Stadtbezirksbeirat um Unterstützung bei diesem.

Frau Koppe fragt an, welche Form der Unterstützung sie sich dort vorstellt.

Frau Paetsch erklärt, dass Geld für die Miete des Platzes benötigt wird, die Verwaltungskosten, eine Bühne, eine Umzäunung zur Absperrung des Geländes in Form eines Bauzauns.

Der Stadtbezirksbeirat verweist auf Herrn Bülow zur Problematik der Absperrung. Des Weiteren befindet sich das Budget des Stadtbezirksbeirates noch in der Klärung und es können hier noch keine Zusicherungen seitens des Stadtbezirksbeirates getätigt werden, aber der Stadtbezirksbeirat spricht sich trotzdem für eine Unterstützung und Begleitung des Festes aus.

V: SBB

5 Mitteilungen der Vorsitzenden des Stadtbezirksbeirates

Herr Kühne hat keine Informationen und verweist das Wort an Frau Solarczyk. Diese informiert über die Arbeitsberatung zur Thematik „Denkmal des Faschismus“

6 Mitteilungen und Anfragen der Mitglieder des Stadtbezirksbeirates

6.1. Frau Solarczyk bringt an, dass unbedingt geklärt werden muss, wer Eigentümer der Bänke am Dessau Center ist. Jugendliche versammeln sich regelmäßig dort um lautstarke Partys zu veranstalten. Die Jugendlichen nutzen die Schlippe um mit ihren Autos durchzufahren. Es sollte geprüft werden, ob es möglich ist einen Poller aufzustellen um eine Durchfahrt zu verhindern.
V: Amt 32, Amt 66

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Dringlichkeitsentscheidung § 53 Absatz 4 Satz 5 KVG LSA - Verkehrsanbindung/öffentliche Erschließung Bauhausmuseum von der Friedrichstraße aus - Maßnahmebeschluss Vorlage: BV/504/2016/III-66

Frau Jung, Abteilungsleiterin Planung und Bau, informiert den Stadtbezirksbeirat über die im Eilverfahren getroffene Entscheidung bzgl der BV.

Sie erläutert den anwesenden Stadtbezirksbeiräten die BV.

Der Bürger Herr Petersen bekommt durch Herrn Hoffmann das Wort erteilt und fragt an, ob man an der neuen Zentralhaltestelle für die Straßenbahn auf eine Überdachung und Sitzgelegenheiten verzichtet um die Sichtachse zum Bauhausmuseum zu wahren.

Frau Jung erklärt, dass hierzu noch keine konkreten Aussagen getroffen werden können, eine Abstimmung aber so erfolgen soll, dass sich die Überdachung in das Gesamtbild einfügt.

Die Bürgerin Frau Lechler möchte auch noch eine Bemerkung abgeben und bekommt ebenfalls von Herrn Hoffmann das Wort erteilt. Sie bemängelt die Anzahl der öffentlich zugänglichen Toiletten an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Kavalierstraße.

Abstimmungsergebnis:

7.2 Dringlichkeitsentscheidung § 53 Absatz 4 Satz 5 KVG LSA - Umgestaltung Kavallerstraße in Dessau-Roßlau 1. Bauabschnitt (BA) zwischen der Askanischen Straße und der Friedrichstraße - Maßnahmenbeschluss
Vorlage: BV/503/2016/III-66

Frau Jung, Abteilungsleiterin Planung und Bau, informiert den Stadtbezirksbeirat über die im Eilverfahren getroffene Entscheidung bzgl der BV.

Sie erläutert den anwesenden Stadtbezirksbeiräten die BV.

11 Schließung der Sitzung

Herr Kühne stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 10.05.17

Vorsitzender Stadtbezirksbeirat innerstädtisch Mitte, Süd

Schriftführer